

Blüm: Länger arbeiten

Experten des Bonner Arbeitsministeriums arbeiten an Modellrechnungen, um einem drohenden Kollaps der Rentenversicherung im nächsten Jahrzehnt entgegenzuwirken. Nach diesen Skizzen, die vom nächsten Bundestag nach den Wahlen 1987 in Gesetzesform gebracht werden sollen, will Blüm von 1990 an eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit über die derzeitige Altersgrenze von 65 Jahren hinaus vorschlagen. Damit würde der Rentenkasse, der schon in diesem Jahr 3,5 Milliarden Mark fehlen werden, durch steigende Beitragseinnahmen und geringere Ausgaben doppelt geholfen. Zugleich wird erwogen, der Rentenversicherung einen festen Anteil am Aufkommen der – dafür erhöhten – Mehrwertsteuer zuzuteilen; dadurch sollen auch durchrationalisierte Unternehmen ohne viele Beschäftigte, aber mit hoher Wertschöpfung zur Rentenversicherung beitragen. Schließlich sollen, nach den Plänen des Blüm-Ministeriums, die Rentenkassen auch davon profitieren, daß

womöglich schon im Lauf der nächsten zwei Jahre öffentliche Arbeitsprogramme aufgelegt werden, wie sie Gewerkschaften und Sozialdemokraten seit langem verlangen.

Doppelte Moral

Während die Krankenkassen über die Kostenexplosion im Gesundheitswesen jammern, haben sie selbst sich den seit 1977 gesetzlich verordneten Dämpfungsmaßnahmen entzogen. Sie verschwenden nach wie vor rund fünf Prozent ihrer Einnahmen für den eigenen Verwaltungsaufwand. Obwohl den Versicherten immer mehr Leistungen gestrichen wurden, stieg der Verwaltungsaufwand der Kassen von 1977 bis 1983 um 35 Prozent auf die Rekordhöhe von 4,7 Milliarden Mark. Dabei nahm die Anzahl der Kassen durch Schließung von Betriebs- und Zusammenlegung von Ortskrankenkassen um zehn Prozent ab. Die Kassenärzte wollen das als Argument bei künftigen Honorarverhandlungen nutzen.

Späte Ehrung

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger hat sich für ihren einstigen Förderer eine besondere Ehrung ausgedacht: 40 Jahre nach der ersten Versammlung der SPD nach dem „Zweiten Weltkrieg“ in Hannover soll jetzt am 6. Mai eine Kurt-Schumacher-Stiftung gegründet werden. Die Stiftung soll, auf Wunsch der einstigen Sekretärin Kurt Schumachers, Stipendien für Arbeiten über die Nachkriegszeit vergeben. Im SPD-Präsidium wurde der Vorschlag zwar begrüßt, aber die Spitzengenossen haben auch Bedenken, daß damit eine Konkurrenz-Institution zur Friedrich-Ebert-Stiftung geschaffen werde. Der Schumacher-Verehrerin, die als Erinnerung eine Papierschere Schumachers aus seinen Redakteurszeiten auf ihrem Schreibtisch hat, wird deshalb in dieser Woche eine Alternative vorgeschlagen. So könnte ihr Stipendiaten-Programm auch über die Friedrich-Ebert-Stiftung laufen – mit einem eigenen Beirat und einem Sitz für Annemarie Renger.

„Eine andere Form der Darstellung gewählt“

Neue Unterlagen, die dem Flick-Ausschuß vorliegen, bestärken SPD und Grüne in der Annahme, daß sie noch längst nicht alle Akten kennen, die sie zur Erfüllung ihres Untersuchungsauftrags brauchen. Absender der Dokumente: die 7. Große Strafkammer des Landgerichts Bonn. Deren Vorsitzender Hans-Henning Buchholz hat die Aktensammlung der Staatsanwälte um drei dicke Ordner ergänzt. Sie enthalten zusätzliche Informationen über das Innenleben des Flick-Konzerns, die dem Ausschuß bislang vorenthalten waren.

Zum Beispiel diese: Als Konzernchef Friedrich Karl Flick sich im Juni 1976 in einer Jagdhütte mit dem SPD-Finanzminister Hans Apel treffen wollte, ließ der ihm ausrichten, er sei nicht bereit, über die damals noch nicht entschiedenen Steuerbefreiungsanträge des Konzerns zu reden. Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch, der in Bonn wegen dieser Anträge Druck machte, wurde daraufhin auf Weisung Flicks von dem Treffen ausgeschlossen – „aus taktischen Gründen“, wie es in einem internen Vermerk heißt.

Oder diese: Im November 1975 lud der CSU-Abgeordnete Kreile sechs Beamte des Finanzministeriums (nebst Damen) zu einem Abendessen



Graf Lambsdorff

ein. Offizielle Begründung: „Beginn der Beratungen zur Körperschaftssteuerreform.“

Den wahren Grund teilte der Flick-Lobbyist Kreile schriftlich der Konzernspitze mit: Er wolle mit den Herren die juristischen Probleme besprechen, die Flicks geplante Auslandsinvestitionen aufwerfen. Kreile: „Ich denke, daß wir uns noch vorher über die Sprachregelung und die generelle Linie abstimmen werden.“

Zum ersten Mal gewährte Richter Buchholz dem Flick-Ausschuß zudem Einblick in ein Dokument, das er bei der nordrhein-westfälischen FDP beschlagnahmen ließ.

Das Papier – nur für einen kleinen Kreis Eingeweihter bestimmt – ist von prozeßerheblicher Bedeutung. Es belegt, wie etablierte Parteien ihre Bilanzen fälschten, um Großspender anonym zu halten. Auszug aus der internen „Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 1975“:

Die Jahresrechnung ist eine Zusammenfassung von Geschäftsvorgängen vielfältiger Art. In der Sitzung kann jede Auskunft über interne Zusammenhänge gern erteilt werden. Für den Rechenschaftsbericht vor dem Landesparteitag wird aus guten Gründen eine andere Form der Darstellung gewählt. In dem Bericht auf dem Landesparteitag werden zur Ausgabenseite offene Zahlenangaben gemacht. Auf der Einnahmenseite werden die Einnahmen so gruppiert, daß sie nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit der Einnahmereknung stehen, die wir nach dem Parteiengesetz alljährlich an die Bundespartei zu erstatten haben. Die Zusammenfassungen dienen auch dem Schutz unserer ‚Beitragszahler‘.

Verfasser der parteiinternen Anleitung zum Gesetzesbruch: der damalige FDP-Landesschatzmeister Otto Graf Lambsdorff.